Energiearmut: Wenn das Leben nicht mehr zu bezahlen ist

Sommerpressegespräche 2022

Definition

„Ein Haushalt gilt als energiearm, wenn er mehr als 10 Prozent seines Einkommens für den Kauf von Energie aufwenden muss, um im Hauptwohnraum 21°C und in den übrigen Räumen 18°C zu gewährleisten.“[1]

Ursachen für Energiearmut

- Schlechte finanzielle Situation der betroffenen Haushalte
- Schlechter Energiestandard der Wohngebäude und der verwendeten Haushaltsgeräte
- Steigende Energiepreise
- Ineffiziente Verhaltensweisen[2]
  - ⇨ Schlechte finanzielle Situation bedingt Wohnungen mit niedrigen Energiestandards und energieintensiven Haushaltsgeräten, im Schnitt geringere Bildungskompetenz dadurch auch geringere Kompetenz energieeffizientes Verhalten umzusetzen. Die Folge ist: ***Steigende Energiepreise potenzieren Armut!***

Systematische Stromschuldenfalle

- Im Regelsatz der Grundsicherung sind 36,42 € für Haushaltsstrom für einen Einpersonenhaushalt vorgesehen
- Ein Einpersonenhaushalt benötigt im Schnitt ca. 2000 kWh/a[3], wobei aktuell ein Preis von im Schnitt ca. 37,1 Cent/kWh zu bezahlen ist[4], was monatlichen Stromkosten von 61,66 € entspricht.
  - ⇨ Die viel zu niedrigen Regelsätze sorgen so für eine Unterdeckung von 25 € monatlich und von 300 € pro Jahr: ***Sozialleistungsempfänger werden gezielt in eine Schuldenfalle getrieben!***

---

[1] Michael Kopatz, Markus Spitzer, Anja Christanell: *Energiearmut: Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien*. PDF, 2,7 MB. Wuppertal Paper Nr. 184 (Oktober 2010). Online auf nbn-resolving.de.

[2] Kopatz, Michael u. a. (2013): Energiewende. Aber fair! Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt.

[3] https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Umwelt/UGR/private-haushalte/Tabellen/stromverbrauch-haushalte.html

[4] https://www.finanztip.de/stromvergleich/strompreis/

Von der Energiearmut zur absoluten Armut

- Angesichts der aktuellen Preissteigerungen vor allem für Energie und Lebensmittel sind die politisch veranlassten Maßnahmen für Sozialleistungsempfänger in Form von Einmalzahlungen weder ausreichend, noch überhaupt wirksam, um eine uns bevorstehende massenhafte dramatische absolute Verarmung des Personenkreises zu verhindern, wenn nicht kurzfristig wirksame und nachhaltige Maßnahmen ergriffen werden.
- Die exemplarisch ausgeführte Stromschuldenfalle wird durch eine ähnlich gelagerte Heiz- und Betriebskostenschuldenfalle ergänzt, die den betroffenen Haushalten spätestens bei der nächsten Strom-, Betriebs- und Heizkostenabrechnung wirtschaftlich das Genick brechen wird, wenn Nachzahlungsbeträge nicht vollständig im Rahmen der Kosten der Unterkunft übernommen werden.
- Andernfalls wäre die Folge, dass eine Masse an Haushalten durch Stromsperren in unzumutbare Wohn- und Lebenssituationen gerät, andere Haushalte, um dies zu verhindern, ihre ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Regelleistungen einsetzen und dadurch in absolute Armut gedrängt werden oder in eine derartige Ausweglosigkeit geraten, dass sie ihre Wohnung aufgeben (müssen) und wohnungslos werden. Zugleich werden offene Nebenkostenzahlungen in weiteren Fällen durch ihre Wertung als Mietschulden zu Kündigungen führen und damit die Zahl der wohnungslosen Menschen im Land weiter erhöhen, was nicht nur menschlich, sondern auch volkswirtschaftlich katastrophal ist.
- Im Wissen der Vermieter darum, dass Sozialleistungsempfänger somit ab sofort nicht mehr in der Lage sein werden, ihren Mieterpflichten in Form von vollständiger Zahlung der anfallenden Kosten nachzukommen, potenziert sich die Benachteiligung von Sozialleistungsempfängern am Wohnungsmarkt. Künftig werden Betroffene noch seltener eine Chance auf Wohnraum erhalten.

Forderungen Diakonie Deutschland (Maria Loheide)

"Einkommensarmut darf nicht in Energiearmut münden. Die steigenden Energiepreise stürzen in Armut Lebende in existenzielle Not, Strom- und Gassperren drohen. Obwohl ihre relative Belastung höher ist, unterstützt die Regierung sie in ihrem Energiekosten-Entlastungspaket mit geringeren Beträgen als Erwerbstätige. Die angekündigten Einmalzahlungen der Regierung sind zu niedrig und kommen zu spät. Außerdem muss der Regelsatz für den laufenden Lebensunterhalt dringend erhöht werden, damit er tatsächlich das Existenzminimum absichert. Die Diakonie fordert zusätzlich eine soziale Notlagenregelung, die in den Sozialgesetzbüchern verankert wird und in einer nationalen Krisensituation eine Unterstützung von Betroffenen - mit mindestens 100 Euro monatlich für ein halbes Jahr - vorsieht."[5]

[5] Einkommensarmut darf nicht in Energiearmut münden - Infoportal - Diakonie Deutschland

Forderungen nationale Armutskonferenz

- Für alle Einkommensarmen die bedingungslose Übernahme der Energiekosten bis zu einem Verbrauch, der alle existenziellen Bedürfnisse sichert
- Unbürokratische Übernahme der absehbar erhöhten Abschläge und Nachzahlungen bei den Heizkosten durch alle Jobcenter und Sozialämter
- Die Herausnahme der Stromkosten aus dem Regelsatz und die Übernahme der tatsächlichen Stromkosten bis zu einem am Stromspiegel orientierten Verbrauch. In allen Fällen zusätzlich die Berücksichtigung individueller Umstände
- Ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperrungen, wenn Privathaushalte betroffen sind![6]

Fazit

Nur unter Berücksichtigung der oben genannten Forderungen wird es uns gelingen, die sich anbahnende größte soziale Katastrophe unserer Zeit zu verhindern oder zumindest abzumildern.

Tun wir dies nicht, wird in Kürze ein uns überrollendes Massenelend den sozialen Frieden in unserem Land zerstört haben und den bereits im Zuge der Corona-Pandemie brüchig gewordenen gesellschaftlichen Zusammenhalt auseinandersprengen.

Großerlach-Erlach, den 01.08.2022

gez. Wolfgang Sartorius

[6] 22-4-8-Forderungspapier-Energiekosten.pdf (nationale-armutskonferenz.de)